

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 12/2010

23. Dezember 2010

Das Budget für 2011

Das Budget, das der Nationalrat nach langen Debatten beschlossen hat, ist ein Sparbudget. Das muss uns allen bewusst sein. Es ist aber ein Sparbudget, dessen Maßnahmen machbar, verkraftbar und verantwortbar sind. Andernfalls hätten wir den nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg aufgebürdet, der unzumutbar wäre. Darum habe ich als Mandatar dem Budget letztlich auch zugestimmt.

Österreich musste viel Geld in die Hand nehmen, um einigermaßen unbeschadet über den Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise zu kommen. Diese Strategie ist gelungen. Von heutigen 4,1 % wird die Neuverschuldung bis 2012 auf unter 3 %, bis 2014 auf unter 1,9 % sinken. Österreich hat neben den Niederlanden die geringste Arbeitslosigkeit in der EU, und wir haben erreicht, dass trotz mancher Proteste der soziale Frieden im Land gewahrt ist. Davon sind andere EU-Staaten weit entfernt.

Das ist nur möglich, wenn im Rahmen des Budgets alle einen Beitrag leisten. Es war aber auch nur möglich, weil in intensiven parlamentarischen Verhandlungen Änderungen erzielt werden konnten. Der Nationalrat ist seiner Rolle als Korrektiv gegenüber der Regierung also durchaus gerecht geworden.

Trotz aller Maßnahmen, die sicher manche als schmerzhaft empfinden, erinnere ich daran, dass es 2011 auch zusätzliches Geld für Zukunftsinvestitionen gibt:

- 100 Millionen Euro für Forschung und Entwicklung
- 100 Millionen Euro für die Gebäudedämmung
- 80 Millionen Euro für die Schulen
- 80 Millionen Euro für die Universitäten
- 40 Millionen Euro für die Gesundheit

Das Budget folgt dem Grundsatz, zum Zweck der Budgetsanierung möglichst wenig neue oder höhere Steuern zu verhängen und dafür möglichst viel bei den Ausgaben einzusparen. Es war vor allem die ÖVP, die auf diesem roten Faden beharrt hat, und das war auch richtig so.

Ich bin sicher: Wenn der Nationalrat die Budgets der kommenden Jahre berät, wird sich diese vorausschauende Politik im positiven Sinn bezahlt machen.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen/Euch für Weihnachten und für 2011 die besten Wünsche sowohl für die politische Arbeit als auch für Ihr/Euer persönliches Wohlergehen übermitteln.

Herzlichst

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat

Service-Anhang: Zusammenfassung der wichtigsten Änderungen für das Jahr 2011

Was sich im Jahr 2011 ändert

Pensionen und Sozialversicherung

- Die Pensionen steigen im kommenden Jahr um 1,2 Prozent. Das gilt bis zu einem Ruhensbezug von 2.000 Euro. Bei höheren Pensionen fällt das Plus geringer aus, ab 2.310 Euro gibt es 2011 keine Erhöhung.
- Die Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung") läuft in der jetzigen Form Ende 2013 aus. Sie wird verlängert, allerdings erschweren sich die Konditionen ab 2014 sowie die Ersatzkaufzeiten ab 2011.
- Die Höchstbeitragsgrundlage für 2011 beträgt im ASVG 4.200 Euro, für Gewerbetreibende und Bauern 4.900 Euro. Für diese beiden Gruppen gelten auch höhere Beitragssätze: Bei den Gewerbetreibenden steigt der Satz von 16,5 auf 17,5 Prozent, bei den Landwirten von 15 auf 15,25 % und bis 2014 auf 16 %.
- Die Ausgleichszulage beträgt ab 1. Jänner für Alleinstehende 793,40 Euro, für Ehepaare 1.189,56 Euro.

Pflege

Die Änderungen beim Pflegegeld betreffen alle Personen, die nach dem 1. Jänner 2011 einen Antrag auf Gewährung oder Erhöhung einbringen.

- Für Stufe 1 sind künftig 60 Stunden pro Monat Pflegebedarf nötig statt wie bisher 50, für Stufe 2 sind es 85 statt 75.
- Angehoben wird dafür das Pflegegeld in der Stufe 6 von 1.242 auf künftig 1.260 Euro.

Familien

Durch den Ausbau der Leistungen für unsere Familien und durch die Wirtschaftskrise ist die Verschuldung des Familienlastenausgleichsfonds auf 863 Millionen Euro gestiegen. Ohne Gegenmaßnahmen würde das Defizit bis 2014 auf 5,7 Milliarden Euro steigen.

- Eine Maßnahme ist daher, die 13. Familienbeihilfe mit 100 Euro zu pauschalisieren.
- Der ursprünglich von der Streichung bedrohte Mehrkindzuschlag bleibt erhalten, er beträgt künftig 20 statt wie bisher 36,40 Euro.
- Die Familien profitieren andererseits aber vom Wegfall des Selbstbehalts für Schulbücher.
- Ab 1. Juli gibt es die Familienbeihilfe nur mehr bis zum 24. statt wie bisher bis zum 26. Geburtstag. In Ausnahmefällen (lange Studiendauer, Präsenz- und Zivildienst usw.) wird sie bis zum 25. Geburtstag ausbezahlt. Für Bezieher von Stipendien wird der Verlust durch höhere Studienbeihilfe ausgeglichen.

Verkehr

- Durch die Anhebung der Mineralölsteuer wird Diesel um 5 Cent und Benzin um 4 Cent teurer. Im Gegenzug steigt die Pendlerpauschale um 10 Prozent.
- Die Führerscheinentzugszeiten für notorisches Zu-schnell-Fahren werden verlängert. Künftig richtet sich die Entzugsdauer nach der Höhe der Überschreitung der Geschwindigkeit.
- Die Polizei bekommt die Möglichkeit, Fahrzeuge ausländischer Autoraser so lange zu beschlagnahmen, bis die Strafe fürs Schnellfahren bezahlt ist.
- Die neue Flugticketabgabe gilt für Ticketkäufe ab 1. Jänner und für Flüge ab 1. April. Auf Kurzstrecken macht sie 8 Euro aus, auf Mittelstrecken 20 Euro und bei Langstreckenflügen 35 Euro aus, bleibt also in einem für Reisende leistbaren Rahmen.
- Bei der NOVA wird ein CO₂-Zuschlag eingeführt. Dieser tritt aber erst am 1. März in Kraft, damit keine Autokäufer betroffen sind, die ihren Neuwagen erst Ende Februar geliefert bekommen.

Landwirtschaft

- Direktzahlungen, Bergbauern- und Agrarumweltprogramm konnten im Budget 2011 gesichert werden.
- Das gilt auch für die Mittel für den Klimaschutz, für erneuerbare Energie und den Schutz vor Naturgefahren.
- 100 Millionen Euro zusätzlich fließen in die thermische Sanierung.

Finanzwesen

- Die Bankenabgabe wird jährlich rund 500 Millionen Euro bringen.
- Das private Vermögen bleibt unangetastet, die Vermögenssteuer kommt nicht.
- Aktiengewinne werden künftig mit einer Kapitalertragssteuer von 25 % belegt, die Zwischensteuer bei Privatstiftungen wird auf 25 % angehoben.
- Aus der Erhöhung der Tabaksteuer kommen jährlich rund 150 Millionen Euro Zusatzeinnahmen.
- Bei den Banken wird die Kreditvertragsgebühr abgeschafft. Das entlastet auch die Konsumenten: Bei einem Kredit von 100.000 Euro erspart man sich z.B. 800 Euro.
- Ab 1. Jänner werden die Strafen für Steuerhinterziehung verschärft. Damit werden Freiheitsstrafen von 1 bis zu 10 Jahren möglich. Daneben können Geldstrafen bis zu 2,5 Millionen Euro, bei Kapitalgesellschaften bis zu 10 Mio. Euro verhängt werden.

Sicherheit

Die innere Sicherheit ist von den Budgetkürzungen bewusst ausgenommen. Das Personalbudget für die Polizei wurde um 18,2 Millionen Euro erhöht.

Bildung

- Für den Ausbau der Ganztagesbetreuung an den Schulen werden 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 in den allgemein bildenden Pflichtschulen wird weitergeführt.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.